

Volk, Nation und Staat ansatzweise durchbrochen und einem stärker distanziert-kritischen Denken gegenüber Synthesen mit geschichtlich-politischen Sachverhalten Platz gemacht zu haben . . ." (S. 615).

Frankfurt a.M.

H. Röhr

Dieter Oberndörfer/Karl Schmitt (Hg.), Kirche und Demokratie, Verlag Schöningh, Paderborn 1983, 204 Seiten.

In der säkularisierten und weltanschauungsneutralen Gesellschaft sind für viele Menschen die Probleme von Kirche und Staat an den Rand gedrängt worden. Wer jedoch das Buch „Kirche und Demokratie“, herausgegeben von Dieter Oberndörfer und Karl Schmitt, zur Hand nimmt, kann sich eines Besseren besinnen. Die Kirchen stehen als „Ordnungsbürgen der neuen demokratischen Staatlichkeit“ (Hans Maier) mitten im politischen Geschehen nicht nur des eigenen Landes, sondern der internationalen Politik.

Das Buch ist in vier Abschnitte eingeteilt: 1. Kirche und demokratisches Prinzip; 2. Konfession und politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland; 3. Kirche im Weltanschauungsstaat und 4. Kirche und internationale Verantwortung.

Der inzwischen verstorbene Prälat und Professor für Pastoraltheologie, Karl Forster, betitelt den ersten Beitrag mit „Kirche in der Demokratie – Zur neueren Entwicklung des Verhältnisses von Kirche, Gesellschaft und Staat in Deutschland“. Sich eng an die vorausgegangenen Arbeiten von Hans Maier und R. Morsey anlehnd, zeichnet Forster den Weg des deutschen Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert nach. Es geht um die innerkirchliche Einordnung, die Ortsbestimmung des politischen Katholizismus im Kräftefeld der politischen Richtungen und Parteien. Das Naturrecht bietet den politisch tätigen Katholiken eine Orientierung des Handelns. Die darin enthaltenen Werte boten auch nach 1945 jene Basis, auf der nach dem Zweiten Weltkrieg weitergearbeitet werden konnte.

Wolf-Dieter Hauschild beschreibt in seinem Artikel „Volkskirche und Demokratie – Das evangelische Kirchenverständnis und das demokratische Prinzip im 20. Jahrhundert“. Es gibt verschiedene Konzeptionen von „Volkskirche“. Mit diesem Begriff ist für das 20. Jahrhundert ein Grundproblem der evangelischen Kirche angesprochen, dem sie von ihrer Geschichte her zunächst kaum gewachsen war. In der Weimarer Zeit hat die evangelische Kirche die Demokratisierung als tiefe Existenzbedrohung erlebt, weil dem neuen Staat der religiöse Charakter fehlte, er war nicht mehr christlich, sondern weltanschaulich neutral. Dieser wertneutralen Ordnungsmacht Staat gegenüber faßt sich die Kirche nach 1945 als für Werte zuständig auf, d.h. sie weist den Staat darauf hin, daß er bei seinem Handeln den Geboten unterliegt. Die Beteiligung der Kirche am politischen Leben gleicht immer einer Gratwanderung zwischen den beiden Gefahren der Parteilichkeit und der Unverbindlichkeit. Daher ist es für die Kirche besser, negative Bestimmungen zu treffen, indem sie Grenzen des menschlichen Handelns aufzeigt. Gerade heute kann dies ein wichtiger Dienst sein, es ist in neuer Form das „Wächteramt“ der klassischen Tradition. Als konkrete Folgerung ergibt sich, daß die Kirche sich nicht mit einer politischen Partei identifizieren darf, auch nicht, wenn diese christlich ist.

Rudolf Henning geht mit seinem Aufsatz „Zum politischen Auftrag der Kirchen heute“ in medias res. Die Frage lautet, wer soll herrschen? Antwort: Nicht die Kirchen. Die Kirche muß es ablehnen, sich in den weltlichen Dingen häuslich einzurichten. Auf der anderen Seite ist es nicht zu übersehen, daß Menschen, auch wenn sie sonst nichts über Kirche wissen, kirchliche Stellungnahmen zu politischen und sozialen Themen wahrnehmen und sich ihre Meinung dazu bilden. Die Kirchen treten für die „Menschentumswerte“ (Grundwerte) als Grundlage und Richtmaß einer humanen Politik ein. Dennoch darf sich die Kirche nicht darauf beschränken, nur für „zeitlose“ Wahrheiten zuständig zu sein. Ihr Auftrag hat immer seine Zeit. Er beginnt dort, wo versucht werden muß, menschliches Verhalten innerhalb und mittels von Organisation und

Institution auf seine sittliche Verantwortlichkeit hin auszurichten. Der Christ besitzt ein Bürgerrecht in *zwei* Welten.

Werner von Simson beschäftigt sich im letzten Aufsatz des ersten Kapitels mit „Glaube und Politik in der heutigen Zeit“. Wenn die beiden miteinander in Beziehung treten, können sie sich nicht unverändert lassen. Jeder Staat muß auf gewissen Eindeutigkeiten bestehen, wenn er sich selbst erhalten will, er braucht „ein Gerüst des Unbe-zweifelten“. Der Glaube muß den Anspruch einer unerschütterlichen Wahrheit erheben. Sie betreffen den Sinn des Lebens. Der freiheitliche Staat formuliert die Freiheiten, die er nicht antastet. Er verzichtet auf vieles um der Freiheit willen. Der glaubensgebundene Staat verzichtet auf die Freiheit um bestimmter Leistungsmöglichkeiten willen. Er rechnet die Freiheit als solche nicht zu den Aufgaben, die der Staat zu vollbringen hat oder die er auch nur vollbringen könnte. Der marxistisch-leninistische, stalinistische oder maoistische Gesellschaftsglaube fordert eine viel größere Opferbereitschaft oder jedenfalls einen größeren Zwang zum Ertragen von Opfern. Die Staats-zwecke sind konkurrenzlos. Das alles kann die Demokratie nicht leisten. Die Frage ist, kann sie demgegenüber überleben? Der Mensch, das ist das Fazit, muß den Sinn und den Preis der Freiheit nur erkennen, deutlicher, glaube ich, als die meisten es heute tun.

Der zweite Abschnitt befaßt sich nun mit konkreten Fragen „Konfession und politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland“.

Gerd Mielke und Peter Schoof untersuchen in einer sorgfältigen Arbeit das Wahlverhalten der Konfessionen in der Bundesrepublik Deutschland. Im Untersuchungszeitraum haben sich starke Veränderungen ergeben. Die Säkularisierung hat weite Teile der katholischen Wählerschaft erfaßt, was darauf schließen läßt, daß für das Abschneiden beider großen Parteien andere sozialstrukturelle und sozialpsychologische Faktoren im steigenden Maß verantwortlich sind.

Jürgen Schmude beschreibt in seinem Beitrag „Gewissen statt Politik – Zur Strapazierung des Gewissens im politischen Meinungskampf“ den Mißbrauch des Gewissens in der praktischen Politik. Man merkt es diesem Beitrag an, daß er als Rede gehalten wurde und nicht so sehr als wissenschaftliche Abhandlung. In teilweise ungeschützter Sprache offenbart er dennoch dramatisch die Nöte des Politikers, wenn er Hausbesetzer- und Startbahnszenen schildert, auf den Mißbrauch des Widerstandsrechts und eben des Gewissens eingeht.

Zwei zeitgeschichtliche Arbeiten machen den Inhalt des dritten Abschnittes aus. Klaus Scholder schreibt über „Politik und Kirchenpolitik im Dritten Reich. Die kirchenpolitische Wende in Deutschland 1936/37“. Scholder beschreibt die schweren Wissenskonflikte der katholischen und protestantischen Kirche, hervorgerufen durch den spanischen Bürgerkrieg und Hitlers Hilfe dabei. Die Gefahr des Bolschewismus vom Osten und Westen her gegen Deutschland galt als Köder, mit der der Nationalsozialismus den deutschen Katholizismus einzufangen bemüht war. Karl Schmitt beschreibt die „Kirche im Weltanschauungsstaat“, gemeint ist die Situation in der DDR. Die katholische und evangelische Kirche haben den gleichen Gesprächspartner, dessen Merkmale bekannt sind: Monopolanspruch der marxistisch-leninistischen Ideologie und die daraus abgeleitete Partei-Diktatur. Es ergibt sich die Situation des „Daniel in der Löwengrube“. Mich hat es gewundert, daß in der sonst sehr ins Detail gehenden Schilderung der Situation nirgendwo die „Berliner Konferenz katholischer Christen aus europäischen Staaten“ vorkommt, die ja seit über 20 Jahren ihre Aktivitäten entfaltet hat.

Der vierte Abschnitt „Kirche und internationale Verantwortung“ ist zweifellos der wichtigste dieses Buches.

Konrad Repgen beschreibt in seinem Beitrag „Papsttum und Staatenkonflikte im 20. Jahrhundert“ die unablässigen Friedensbemühungen von Benedikt XV. und Pius XII. Im Gegensatz zum „Weltherrschaftsstreben“ ihrer mittelalterlichen Amtsvorgänger haben diese beiden Päpste in betonter Neutralität und als oberste Seelsorger ihrer Kirche für den Frieden gekämpft. Das hat natürlich Vor- und Nachteile. Der Papst ist Wegweiser im Grundsätzlichen und enthält sich der Stellungnahme im Konkreten.

Pius XII. sind aus seiner geradezu rigoristischen Neutralitätshaltung schwere Vorwürfe erwachsen. Er stand vor dem schrecklichen Dilemma, daß sein Gewissen ihm einerseits gebot, das exorbitante Unrecht, das geschah, laut und öffentlich anzuklagen, daß er sich andererseits aber eingestehen mußte: Wenn ich so handle, dann kann ich die in Frage stehenden 3 bis 5 Millionen Juden und die Polen usw. ebenso wenig wie jetzt retten; aber die übrigen 700.000 bis 850.000 Juden, für die noch Chancen bestehen, gehen dann vermutlich auch noch verloren. Deshalb hat er sich zum Schweigen durchgerungen. Reppen hat an diesem konkreten Beispiel das Dilemma zwischen Verantwortungs- und Gesinnungsethik (Max Weber) überzeugend dargetan.

Für die meisten jüngeren Leser wird wohl der Artikel von Theodor Hanf „Die Kirche vor der sozialen Frage in der Dritten Welt“ der interessanteste Beitrag sein. Wer ist schuld an der Armut in der Dritten Welt? Für die einen liegen die Ursachen in der Dritten Welt selbst, für die anderen ist das gegenwärtige Weltwirtschaftssystem der Hauptschuldige. Hanf entgeht diesen einseitigen Antworten: Die soziale Frage der Dritten Welt ist als eine doppelte Frage anzusehen – als Frage der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Erster und Dritter Welt einerseits, als Frage der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ordnungen in der Dritten Welt andererseits. Beide Fragen sind eminent politischer Natur. In den meisten Ländern der Dritten Welt herrscht nicht nur Armut, sondern auch massive soziale Ungerechtigkeit. Die Armut ist höchst ungleich verteilt. In manchen Staaten wird die Ungleichheit dadurch zementiert, daß die Interessen der einheimischen Reichen mit ausländischen Interessen zusammenfallen. In anderen Ländern haben einheimische Führungsgruppen ausschließlich im eigenen Interesse Privilegien aus- und aufgebaut. Autoritäre Herrschaftsformen finden sich fast überall. Hanf hält nichts von den „guten Diktatoren“. Die meisten Diktaturen der Dritten Welt sind nicht Entwicklungsdiktaturen, sondern Entwicklungsverhinderungsdiktaturen. Die eminente Bedeutung der Kirchen (Missionen) besteht darin, daß sie zu den wichtigsten Trägern von Entwicklung *an der Basis* gehören. Ihr Vorteil besteht darin, daß das Personal der Kirche auf viele Jahre, wenn nicht gar auf Lebenszeit in einem bestimmten Land eingesetzt ist. Entwicklungshelfer sind nur für wenige Jahre im Dienst, und es fehlen ihnen die Landes- und Problemkenntnisse. In vielen Ländern gelang es, Entwicklungs- sowie Seelsorgsarbeiten in aktiven Basisgemeinden zu verwurzeln. So wurde die Kirche zum Freiraum für Entwicklung von unten. Damit war aber der Zusammenstoß mit den Interessen privilegierter Minderheiten vorprogrammiert, und sie geriet ungewollt in die Lage der politischen Opposition. An zwei konkreten Beispielen (Brasilien, Südafrika) kann Hanf zeigen, daß die Kirche im Gegensatz zur Erkenntnis der sozialen Frage im 19. Jahrhundert jetzt in der Dritten Welt das Problem nicht zu spät, sondern sogar antizipativ erkennt. Weltkirche, Kirche der Dritten Welt wie auch die Kirche in Deutschland sind auf die heutige soziale Frage, die der Dritten Welt, besser gerüstet als seinerzeit auf die soziale Frage des frühindustriellen Europa.

Dieter Oberndorfer behandelt im letzten Beitrag „Menschenrechte, kulturelle Identität, das westliche Wissenschaftsverständnis und die deutschreformatrische Tradition“. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat sich ein weltweiter Konsens darüber ergeben, daß es Menschenrechte gibt, die für die Menschen aller Staaten und Nationen gültig sind. Ausgangspunkt dieses Konsens ist das christlich-mittelalterliche Naturrechtsdenken, die Natur des Menschen. Soziale Grundrechte sollen „menschliche Grundbedürfnisse“ sichern, aber auch politische Freiheiten, Grundrechte, Gewaltenteilung, die institutionell und rechtlich abgesichert sind, sollen nicht bloß Luxusartikel reicher westlicher Staaten sein. Für die westliche Menschenrechtstradition eröffnet sich die grundlegende Vorstellung einer menschlichen Natur für die Möglichkeit kulturellen Pluralismus. Keine Welteinheitskultur soll geschaffen werden, sondern es geht um die Verwirklichung von Menschenrechten in vielen nach wie vor zu erhaltenden Kulturen. Gegenüber der negativen Bewertung einer Aneignung ursprünglich westlicher Menschenrechtsprinzipien als kulturelle Überfremdung oder Verwestlichung erinnert Oberndorfer daran, daß die Durchsetzung der politischen Freiheitsrechte im Westen und insbesondere auf dem europäischen Kontinent auch einen tiefen Bruch mit der Überlieferung darstellten. Aufklärung, reformatorische deutsche politische Kultur und

modernes Wissenschaftsverständnis stellen auch bei uns historische Barrieren dar, die dem Menschen und dem Grundrechtsdenken im Wege standen. Dagegen hält Oberndörfer fest: Die Verbindlichkeit der Menschenrechte erscheint nur denkbar, wenn die Einsicht in die Erkenntniskraft menschlicher Erfahrung und praktischer Vernunft auch für die Fragen nach den Prinzipien menschlichen Zusammenlebens und der gesollten politischen Ordnung wiedergewonnen wird. Einsicht und Taten müssen sich freilich verbinden. Die Rezeption und Verbindlichkeit der Menschenrechte ist nicht nur eine „kognitive“ Herausforderung für die Theologie und Philosophie, sondern mindestens ebenso sehr eine Frage der Glaubwürdigkeit der Politik des Westens.

Der vorliegende Sammelband „Kirche und Demokratie“ gibt in prägnanter Form einen Überblick sowohl über die Variationsbreite als auch die Problemtiefe, die mit dem Thema verknüpft sind. Man mag einwenden, daß verschiedene Artikel schon früher publiziert worden seien, meines Erachtens schmälert das den Wert dieser Publikation in keiner Weise. Die Herausgeber haben es verstanden, ein geschlossenes Ganzes aus zwölf Einzelarbeiten zu gestalten. Man kann dem Buch nur wünschen, daß es in die Hände möglichst vieler kirchlich und politisch Interessierter komme.

Salzburg

F.-M. Schmözl

Notiz

René Roques, L'univers dionysien. Structure hiérarchique du monde selon le Pseudo-Denys (Patrimoine/Christianisme). Paris, Les éditions du cerf, 1983. 382 Seiten, kart. Frs. 97.—

Es handelt sich um den Neudruck eines Klassikers der areopagitischen Forschung aus dem Jahre 1954, damals erschienen in der Sammlung „Théologie“ (Aubier), nun in einer neuen Sammlung, die „l'histoire et les expressions des religions“ zum Gegenstand hat (Verlagsmitteilung). Dem Thema entsprechend werden aus dem Corpus der ps. dionysischen Schriften die beiden „Hierarchien“ ausgewertet, dazu die Namensschrift und von den Briefen vor allem 8 und 9. Das Komplement dazu über die „Mystische Theologie“ und die Namensschrift ist J. Vanneste, Le mystère de Dieu. Essai sur la structure rationnelle de la doctrine mystique du pseudo-Denys l'Aréopagite. Paris 1959.

Tübingen

Luise Abramowski

Anschriften der Mitarbeiter an diesem Heft:

Prof. Dr. Karl Josef Benz, Fachbereich Katholische Theologie, Universität, 8400 Regensburg;

Dr. Ludwig Falkenstein, Krugnofen 14–16, 5100 Aachen;

Prof. Dr. P. Roman Bleistein S.J., Zuccalistraße 16, 8000 München 19;

Dr. Thomas Ihnken, Umlandstraße 70, 4630 Bochum 1;

Prof. Dr. Luise Abramowski, Brunsstraße 18, 7400 Tübingen.